



Ulf Thiele
aktuell

Juli 2016

Inhalt dieser Ausgabe

Termine

Lieber Leserinnen und Leser,

die Gewalttaten der vergangenen Wochen haben auch mich schwer erschüttert. In Gedanken bin ich bei den Opfern und ihren Familien. Der Polizei danke ich für ihren hochprofessionellen und besonnenen Einsatz sowohl in Würzburg, München, Reutlingen als auch Ansbach. Wir sind auf Sicherheitskräfte angewiesen, die in der Lage sind, die Menschen in unserem Land zu schützen. Als CDU wissen wir das und vertrauen unserer Polizei. Von jedem Grünen kann man das leider nicht behaupten. Das aktuell diskutierte Pfefferspray-Verbot ist ein weiteres Misstrauensvotum der Grünen gegen die Polizei.

In der Debatte um den Islamvertrag geht es um die Grundsatzfrage, ob in Niedersachsen einem von der türkischen Regierung abhängiger Moscheenverband (DITIB) der Status als anerkannte Religionsgemeinschaft zugestanden wird und ob dieser mit Steuermitteln finanziert wird. Die rot-grüne Landesregierung plant genau dies. Ich halte das für einen Fehler.

In meinem Juli-Newsletter finden Sie Artikel zu diesen und vielen weiteren Themen, so auch zum Skandal an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Leer.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihr


Ulf Thiele

Inhaltsübersicht

Aktuelles

- | | |
|---|---------|
| 1. Gedenken an die Opfer der Amokläufe/ Anschläge | Seite 1 |
| 2. Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert grünes Misstrauen | Seite 1 |
| 3. Islamvertrag - Grüne müssen ihre Position zu DITIB klären/ CDU in Niedersachsen wird sich an keinen weiteren Gesprächen beteiligen | Seite 2 |
| 4. RAF-Trio weiter auf der Flucht – CDU beantragt Unterrichtung | Seite 3 |
| 5. Mehr Fragen als Antworten bei der Schulsozialarbeit | Seite 4 |
| 6. Razzia in Hildesheim: CDU kündigt parlamentarische Aufarbeitung an | Seite 4 |
| 7. CDU fordert Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in Kommunen | Seite 5 |
| 8. Affront der Grünen gegen Weil und Lies mit bestelltem Gutachten gegen die A20 | Seite 5 |
| 9. Streit zwischen Weil und Lies über die Boni des VW-Vorstandes | Seite 6 |
| 10. Skandal um die VWA in Leer | Seite 6 |

13. August 2016

Landesparteitag der CDU in Niedersachsen in Hildesheim

23. August 2016

Besuch landwirtschaftlicher Betriebe im Ammerland und Ostfriesland mit Frank Oesterhelweg
Besuch von Staatssekretär Enak Ferlemann im Kreisverband Leer

25. August 2016

Besuch B&F Elektro GmbH Filsum
Besuch Beerepoot Agrartechnik GmbH
Besuch Personal Training Mirko Malec in Rhaderfehn

26. August 2016

Jubiläumsfeier 150-jähriges Bestehen der IHK Ostfriesland und Papenburg in Papenburg



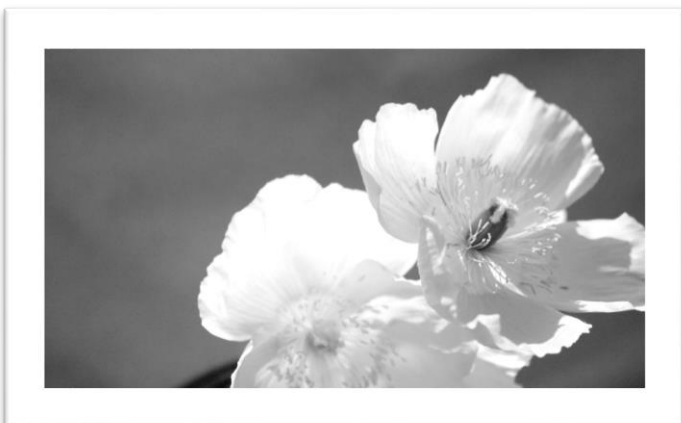
Gedenken an die Opfer der Amokläufe/ Anschläge

Türkei, Nizza, Würzburg, München, Reutlingen und jetzt Ansbach. Die aktuellen Geschehnisse halten uns in Atem. Und das Gefühl der Unsicherheit ist unser täglicher Begleiter. Keiner der Gewaltakte ist vergleichbar, allen gemeinsam sind aber die Fassungslosigkeit und das Entsetzen, mit denen wir diese betrachten. Den Opfern und Hinterbliebenen der Gewaltakte der vergangenen Wochen spreche ich mein tief empfundenes Beileid aus.

Die feigen und hinterhältigen Gewalttaten haben einmal mehr deutlich gemacht: Der Staat mit seinen Sicherheitsorganen und die Gesellschaft müssen wachsam sein. Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Polizei und Sicherheitsbehörden leisten alles nur Mögliche, um uns zu schützen. Dafür danke ich ihnen.

Wir sind auf Sicherheitskräfte angewiesen, die in der Lage sind, die Menschen in unserem Land zu schützen. Als CDU wissen wir das und vertrauen unserer Polizei. Von jedem Grünen kann man das leider nicht behaupten. Nach dem Anschlag in Würzburg wurde erneut deutlich, wie tief das Misstrauen gegenüber der Polizei bei den Alt-68ern der Partei sitzt. In Niedersachsen gehört es zum Alltag, dass die frühere Ökopartei Pferde, Diensthunde und Pfefferspray auf Demos infrage stellt. Doch die grüne Spitzenpolitikerin Renate Künast toppt all dies nach dem Polizeieinsatz in Würzburg gegen den Zug-Terroristen. Ohne Details des Einsatzes zu kennen, beklagt sie öffentlich die Tötung des Attentäters. Sie macht den Täter mit einem bundesweit beachteten Tweet noch in der Nacht des Verbrechens zum Opfer des Polizeieinsatzes. Und sie stemmelt die Polizisten zu potentiellen Tätern ab.

Auch die aktuellen Ereignisse in der Türkei zeigen erneut, in welch rasantem Tempo sich Krisen entwickeln können. Als Europäer müssen wir jetzt zusammenstehen und klar machen, dass wir unsere gemeinsamen Werte durch niemanden angreifen lassen.



Zahl des Monats

24

Am 4. September 2016 ist es wieder soweit. Der mittlerweile 24. Leerer Citylauf steht an. Jedes Jahr gehen bei der Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten kranker oder benachteiligter Kinder und Jugendlicher tausende Läufer auf den Strecken über 5 und 10 Kilometer oder dem Halbmarathon an den Start. Die Kleinen können bei den Bambinoläufen über 1.100 Meter an den Start gehen.

Für Verpflegung auf der Strecke und im Zielbereich und die Versorgung der Zuschauer ist natürlich auch in diesem Jahr gesorgt.

Informationen zum Citylauf finden Sie [hier](#).

Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert grünes Misstrauen

Der Landesverband Niedersachsen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die niedersächsischen Grünen scharf kritisiert. "Wenn sich Grünenpolitiker zu Aspekten der Inneren Sicherheit äußern, Beschlüsse fassen oder Koalitionsverträge abschließen, geht es nahezu immer gegen die Polizei", beklagt die Polizeigewerkschaft in einer aktuellen Stellungnahme.

Darin veröffentlicht die DPoIG eine lange Liste mit Beispielen grüner Politik gegen die Polizei. Von der zentralen Beschwerdestelle über die Einschränkung der Videodokumentation bis hin zu Verhinderung der Abschiebung von Straftätern aus Nordafrika listet die Gewerkschaft alle sicherheitspolitischen Fehlleistungen der niedersächsischen Grünen auf. Die DPoIG weist auf die angespannte Sicherheitslage und auf die gestiegene Gefahr für die Sicherheit der Polizeibeamten hin und fordert von der Politik ein "Zeichen der moralischen Wertschätzung".

Von der CDU in Niedersachsen gibt es dafür volle Rückendeckung.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Darauf haben die Bürger einen berechtigten Anspruch und erwarten von der Politik zu Recht, dass sie diese Aufgabe sehr ernst nimmt.

Die Grünen - in Niedersachsen immerhin Regierungspartei - sehen das dezidiert anders. Nachdem sie auf ihrem letzten Landesparteitag gefordert haben, dass die Polizei zukünftig auf Pferde und Diensthunde bei Demonstrationen verzichten soll, legte die Landesvorsitzende der Grünen und innenpolitische Sprecherin ihrer Landtagsfraktion, Meta Janssen-Kucz, nun nach. Gegenüber dem „Göttinger Tageblatt“ (online-Ausgabe vom 3. Juli 2016) hat sie den Einsatz von Pfefferspray während Demonstrationen in Frage gestellt.

Ein weiteres grünes Misstrauensvotum gegen die Polizei. Geht es nach den Grünen, sollen Niedersachsens Polizisten künftig bei Demonstrationen nicht nur auf ihre Pferde und Hunde, sondern offenbar auch auf den Einsatz von Pfefferspray verzichten. Deutlicher kann man die gute Arbeit der Polizei öffentlich kaum diskreditieren. Das Misstrauen der Grünen gegen unsere Schutzleute treibt immer weitere Stilblüten. Dabei wäre es dringend notwendig, unsere Polizei endlich zu stärken, damit extremistische Gewalt und Einbruchssicherheit nicht weiter zunehmen.

Die Polizisten sind sauer auf die Grünen. Mit Recht! Man muss sich nur vor Augen führen, welcher brutalen Gewalt Polizisten bei vielen Demonstrationen inzwischen regelmäßig ausgesetzt sind: Wer der Polizei den Einsatz von Pfefferspray verbieten will, während sie mit Böllern, Steinen, Flaschen oder Baseballschlägern angegriffen wird, setzt ihre Gesundheit und Einsatzfähigkeit in zynischer Weise aufs Spiel.

Die Ausstattung der Polizei mit Pfefferspray ist sachgerecht und für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung unverzichtbar. Der Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Polizeirechtes sieht bereits erhebliche Einschränkungen der Befugnisse der Polizei insbesondere bei Demonstrationen vor.

Das ständige Misstrauen der Grünen lähmt die Arbeit der Polizei. Und die SPD? Der Ministerpräsident und sein Innenminister lassen all das mit sich und der Polizei geschehen. Die Kraft, gegen den Koalitionspartner die notwendigen Maßnahmen durchzusetzen und für mehr Polizei, für mehr Sicherheit zu sorgen, haben sie nicht. Das kostet die Niedersachsen Sicherheit.

Islamvertrag - Grüne müssen ihre Position zu DITIB klären / CDU in Niedersachsen wird sich an keinen weiteren Gesprächen beteiligen

Nach der harschen Kritik durch den grünen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir, der in der Bild am Sonntag gefordert hatte DITIB müsse sich vom Regierungseinfluss in der Türkei lösen und dürfe nicht der verlängerte Arm der AKP sein, müssen die niedersächsischen Grünen dringend Ihre Position zu dem türkischen Moscheenverband klären.

Wenn Özdemir Recht haben sollte kann DITIB kaum weiterhin Verhandlungspartner für einen Vertrag der islamischen Verbände mit dem Land Niedersachsen sein.

Kultusministerin Heiligenstadt, die als Ministerin auch für Kirchen und Glaubensgemeinschaften zuständig ist, muss in dieser Situation die von Özdemir erhobenen konkreten Vorwürfe prüfen und bis zu deren Klärung das Verfahren stoppen, mit dem DITIB den Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft erhalten soll.

DITIB muss seine Unabhängigkeit von der Regierung in Ankara und von der AKP, der Partei des türkischen Präsidenten Erdogan, eindeutig belegen. Solange über die Unabhängigkeit keine Klarheit herrscht, darf die Landesregierung mit DITIB auch nicht den von Rot-Grün verhandelten Islamvertrag unterzeichnen.



Foto: © Fionn Große / pixelio.de

Der Vertrag hat unter anderem das Ziel, dem Verband den Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft zu verleihen und mit finanziellen Mitteln auszustatten. Wenn die durch Özdemir erhobenen Vorwürfe stimmen sollten und DITIB tatsächlich der verlängerte Arm der türkischen Religionsbehörde und der AKP in Deutschland ist, wäre es ein großer Fehler, den Verband mit einem solchen Vertrag sowie mit Steuermitteln zu stärken. Wir brauchen jetzt Transparenz und Klarheit.

Keine weiteren Gespräche zu Islamverträgen

Die CDU-Landtagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, sich in dieser Legislaturperiode nicht an weiteren Gesprächen zu Verträgen mit den muslimischen Verbänden DITIB und Schura zu beteiligen.

Dazu erklärt CDU-Fraktionschef Björn Thümler: „DITIB Niedersachsen und Bremen vertritt nicht nur hier lebende Muslime mit türkischen Wurzeln, sondern wird in starkem Maße von der türkischen Regierung beeinflusst und gesteuert. Die CDU sieht die erwiesene Staatsferne der beteiligten Verbände aber nach wie vor als unabdingbare Voraussetzung für ein Zustandekommen der Verträge an – DITIB kann diese Unabhängigkeit nicht nachvollziehbar belegen: Beispielsweise werden DITIB-Imame als türkische Beamte aus der Türkei in die hiesigen Moscheen entsandt, und Predigten werden zentral vorgegeben. Angesichts der aktuellen Situation in der Türkei, die viele Fragen aufwirft und sich auch auf das gesellschaftliche Klima hier bei uns auswirkt, sehen wir DITIB derzeit nicht als geeigneten Verhandlungspartner an.“

Eine enge Partnerschaft mit den Vertretern der Muslime in Niedersachsen ist und bleibt der CDU-Fraktion sehr wichtig. Zu einem späteren Zeitpunkt einen Vertrag zu schließen, der die Integration hier lebender Muslime in den Mittelpunkt stellt, halten wir weiterhin für richtig. Derzeit ist jedoch angesichts der Situation in der Türkei für uns nicht absehbar, dass es in dieser Legislaturperiode zu einem Vertragsschluss kommen wird. Unabhängig davon spricht sich die CDU-Fraktion für eine Fortsetzung der Vertragsverhandlungen zwischen der Landesregierung und der Alevitischen Gemeinde Deutschland aus.

RAF-Trio weiter auf der Flucht – CDU beantragt Unterrichtung

Angesichts immer neuer Fragen im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Überfall dreier ehemaliger Mitglieder der „Rote-Armee-Fraktion (RAF)“ auf einen Geldtransporter in Cremlingen wirft die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns aus Wolfsburg, dem niedersächsischen Innenministerium eine mangelnde Koordinierung der Sicherheitsbehörden vor. Jetzt soll das Ministerium im Innenausschuss des Landtages Rede und Antwort stehen.

Die zahlreichen Ungereimtheiten bei der Aufklärung des Überfalls in Cremlingen und der Fahndung nach den mutmaßlichen Tätern machen die Unterrichtung in unseren Augen dringend notwendig.

So berichtet der Spiegel in seiner aktuellen Ausgabe (29/2016), dass die Beutesumme entgegen der Angaben von Polizei und Innenministerium wohl weit über 600.000 Euro liege – bislang war immer von rund 400.000 Euro die Rede. Damit dürfte die Bande für die nächsten Jahre über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um erneut unterzutauchen. Im Moment spricht einiges dafür, dass sich das gesuchte Trio in den Niederlanden zur Ruhe setzen könnte. Die historische Chance, sie zu fassen, ist damit wohl vergeblich.

Abgesehen von seinen großspurigen Ankündigungen hat Pistorius wieder einmal nichts Zählbares zu Stande gebracht. Noch kurz vor dem jüngsten Überfall in Cremlingen hatte der Minister betont, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis sich das Netz zusammenzöge und die Bande gefasst würde.



Foto: © Nicol eHe / nixelio.de

Der Spiegel-Bericht wirft zudem die Frage auf, warum keine Ringalarmfahndung ausgelöst wurde, obwohl Beschreibungen der Täter und des Fluchtfahrzeuges vorlagen.

Ein weiterer Beleg für die mangelnde Koordinierung der niedersächsischen Sicherheitsbehörden. Auch der Bund der Kriminalbeamten hat daran bereits heftige Kritik geübt. Der Innenminister schafft es einfach nicht, eigene Akzente zu setzen, um die Sicherheit in Niedersachsen zu erhöhen. Im Gegenteil: Die rot-grünen Pläne, die Befugnisse der Polizei zu beschneiden, würden die Arbeit der Beamten zusätzlich erschweren.

Mehr Fragen als Antworten bei der Schulsozialarbeit

Das aktuelle Verfahren der Landesregierung zur Ausschreibung von Schulsozialarbeiter-Stellen bietet den Schulen keine ausreichende Unterstützung. Manche Schulen müssen ein Jahr lang auf Stellen warten, die schon seit Beginn 2016 bereit stehen. Gymnasien gehen ganz leer aus. Die Kriterien für die Vergabe der Stellen sind intransparent. Das angekündigte „Gesamtkonzept“ zur Schulsozialarbeit ist den Schulen, der Öffentlichkeit und dem Landtag weiter unbekannt. Das Vorgehen der Ministerin ist ein weiteres Beispiel für eine fehlende Planung und Strategie im Kultusministerium.

Und es gibt noch weitere Unklarheiten. Die Schulsozialarbeiter, die jetzt bei Kommunen oder freien Trägern beschäftigt sind, wissen nicht, wie es für sie weitergeht. Wird es einen Bestandsschutz oder eine Übernahmegarantie geben? Werden sie finanzielle Einbußen haben? Trotz dieser Ungewissheiten verweist die Ministerin darauf, wie wichtig verlässliche Rahmenbedingungen und Kontinuität für die schulische Sozialarbeit seien. Wie muss sich das für die Schülerinnen und Schüler anfühlen, die nicht wissen, ob „ihr“ Schulsozialarbeiter bleiben darf? Und für die langjährig Beschäftigten, deren persönliche Zukunft nun unklar ist?

In einer Anfrage an die Landesregierung wird die CDU in Niedersachsen Antworten auf diese und andere Fragen fordern. Wir erwarten, dass die Ministerin den Kultusausschuss unmittelbar nach der Sommerpause von sich aus informieren wird.

Besonderes Interesse haben wir an den Ergebnissen der Gespräche Heiligenstadts mit den kommunalen Spitzenverbänden. Schließlich beteuert das Ministerium seit mehr als einem Jahr immer wieder, dass ein „Gesamtkonzept“ für die Schulsozialarbeit erst nach Abschluss der Gespräche mit den Kommunen vorgelegt werden könne.



Foto: © Rainer Sturm / pixelio.de

Razzia in Hildesheim: CDU kündigt parlamentarische Aufarbeitung an

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, hat das Auftreten von Innenminister Pistorius im Zusammenhang mit der Razzia beim Deutschsprachigen Islamkreis (DIK) Hildesheim als „dünnhäutig und wenig souverän“ kritisiert. „Erst wird die Durchsuchung über einen ungewöhnlich langen Zeitraum vorbereitet, um schließlich trotzdem offenbar völlig überhastet durchgeführt werden zu müssen. Dann behauptet der Minister leichthin falsche Tatsachen und versucht einen möglichen Misserfolg der Presse in die Schuhe zu schieben“, sagte Nacke.

Wir erwarten, dass der weitere Umgang mit dem Thema jetzt professionell und sachlich erfolgt. Im Vordergrund muss die Bekämpfung salafistischer Umtriebe stehen.



Foto: © Paul-Georg Meister / pixelio.de

Die CDU-Landtagsfraktion wird die Vorgänge rund um die Durchsuchung beim DIK parlamentarisch aufarbeiten. Aus unserer Sicht gibt es einige Ungereimtheiten, die es zügig aufzuklären gilt. So ist es verwunderlich, dass der Beschlussantrag für die Durchsuchung bereits am Montag (25. Juli) dem Verwaltungsgericht übergeben wurde, obwohl die Razzia ursprünglich nach Angaben des Innenministers erst für Mitte August geplant gewesen sei.

CDU fordert Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in Kommunen

Eine schnellere und bessere Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber hat die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eingefordert. Viele Flüchtlinge in Niedersachsen sind es leid, über Monate hinweg tatenlos in ihren Unterkünften und Wohnungen herumzusitzen. Sie wollen arbeiten und dem Staat nicht mehr als notwendig zur Last fallen. Das Land muss die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetzes nutzen und Asylbewerbern soweit wie möglich Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern zur Verfügung zu stellen.

Wenn Asylbewerber Aufgaben in den Kommunen übernehmen, die nicht im allgemeinen Markt vergeben werden, wäre das für beide Seiten ein Gewinn, ohne das eine Konkurrenz zum allgemeinen Arbeitsmarkt entstehen würde.

Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es genug – beispielsweise in der Landschaftspflege, in Werkstätten, im Umweltschutz oder bei der Pflege öffentlicher Grünanlagen. Eine regelmäßige Arbeit kann darüber hinaus beim Erlernen der deutschen Sprache helfen. Damit Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden und Asylbewerbern angeboten werden können, müssen sich die Kommunen eng mit den gemeinnützigen Trägern vor Ort abstimmen.

Die CDU Deutschlands hat im Rahmen der Verhandlungen zum am 7. Juli durch den Deutschen Bundestag beschlossenen Integrationsgesetz eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts durchgesetzt: Wer ausreichende Sprachkenntnisse besitzt und seinen Lebensunterhalt weitgehend zu sichern vermag, soll künftig erst nach fünf statt bisher drei Jahren ein Daueraufenthaltsrecht erhalten.



Foto: © Dieter Schütz / pixelio.de

Affront der Grünen gegen Weil und Lies mit bestelltem Gutachten gegen die A20

Laut einem Bericht des Weser Kuriers kommt ein von der Fraktion der Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten zum Ausbau der Autobahnen 20 und 39 zu dem Urteil, dass keines der beiden Projekte im Bundesverkehrswegeplan als vordringlich hätte eingestuft werden dürfen. Sowohl Kosten als auch Nutzen seien falsch kalkuliert. Doch die Gutachter verwenden politische Bewertungsmaßstäbe, die weder nationalen noch internationalen Standards entsprechen. Dieses Anti-A20-Gutachten ist ein politisches Gut.

Erneut versuchen die Grünen zwei wichtige Infrastrukturprojekte in Niedersachsen zu torpedieren. Die betroffenen Menschen und Unternehmen, die sich mehrheitlich für eine bessere Anbindung ihrer Regionen aussprechen, sind das ewige Hin und Her und den regierungsinternen Streit zwischen SPD und Grünen leid. Sie haben ein Anrecht darauf, dass Ministerpräsident Weil jetzt abschließend erklärt, dass der Ausbau von A20 und A39 unter dieser Landesregierung beginnt und nicht am Veto des grünen Koalitionspartners scheitert.

Die rot-grüne Landesregierung hat bereits mehrfach für unnötige Verzögerungen gesorgt und keine Ambitionen für ein beschleunigtes Planungsverfahren gezeigt. So kann es nicht weiter gehen – die Geduld der Menschen vor Ort ist bereits über Gebühr belastet worden. Der Ministerpräsident muss jetzt einen Termin für den ersten Spatenstich 2017 ermöglichen.



Foto: © Petra Bork / pixelio.de

Streit zwischen Weil und Lies über die Boni des VW-Vorstandes

Während Volkswagen in der Abgasaffäre immer neue Rückschläge erleidet, leisten sich die Aufsichtsratsmitglieder des Landes Niedersachsen als zweitgrößter Anteilseigner einen öffentlichen Streit um die Manager-Boni des Konzerns. Wirtschaftsminister Lies fordert, entgegen seiner bisherigen Haltung, Einschnitte bei den Boni. Und Ministerpräsident Weil, gemeinsam mit Lies Mitglied des VW-Aufsichtsrates, rügt ihn dafür öffentlich und sammelt die Forderung wieder ein. Das zeitgleich in den USA neue Milliarden-Kosten aus der Affäre um die fehlerhafte Abgassoftware drohen, kommentieren beide nicht. Und sie leisten keinen Beitrag, um die Probleme des Konzerns zu lösen.

Bereits bei der Entlastung des VW-Vorstands im Juni hat die Regierung Weil mit ihrer Enthaltung gezeigt, dass sie mit ihrer Aufgabe als Großaktionär überfordert ist. Durch Weils Rüffel gegenüber seinem Wirtschaftsminister wird deutlich, wie uneins sich die zwei entscheidenden Mitglieder der Landesregierung darüber sind, welche Rolle Niedersachsen im Fall VW eigentlich spielen will.

Sowohl Stephan Weil als auch Olaf Lies werden ihrer Aufgabe als Vertreter des Landes im Aufsichtsrat durch dieses Hin und Her in keiner Weise gerecht.

Für Ministerpräsident Stephan Weil ist es dringend an der Zeit sich in dieser Angelegenheit klar zu positionieren.

Skandal um die VWA in Leer - CDU fordert umfassende Aufklärung

Die CDU-Kreistagsfraktion fordert von Landrat Bernhard Bramlage eine baldige umfassende öffentliche Aufklärung des Sachverhalts zu dem Vorwurf, die Abschlüsse der VWA würden nicht anerkannt.

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Grietje Oldigs-Nannen, Leer, fordert, dass nicht bis zu der nächsten Sitzung des Kreisausschusses abgewartet wird, um die Position des Kreises darzustellen.

„Die Öffentlichkeit und insbesondere die Studenten haben ein Anrecht auf baldige umfassende Aufklärung“, so Oldigs-Nannen.

Die CDU-Kreistagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass noch vor der nächsten Sitzung des Kreisausschusses die wesentlichen Fragen in diesem Skandal geklärt werden. Eine Neuausrichtung der VWA ist zwingend erforderlich. Für diese Neuausrichtung muss ein Zeitplan erstellt werden.

In jedem Fall werden wir die zukünftigen Prozesse kritische begleiten. Insbesondere gilt es zu hinterfragen, ob die Zusammenarbeit mit einer umstrittenen Hochschule (wie bisher geplant) in dieser Situation der richtige Weg sein kann.

Herausgeber:

Ulf Thiele MdL (V.i.S.d.P.)

Tel.: 0173 - 6167018

email@ulf-thiele.de

www.ulf-thiele.de

www.facebook.com/ulf.thiele.9

www.facebook.com/ulf.thiele.9

Wahlkreisbüro:

Ulf Thiele
Ledastr. 11
26789 Leer

Ihre Ansprechpartnerin:
Simone Schonvogel

Das Büro ist besetzt von
Mo.- Fr. 9.00 bis 12.00 Uhr
Mo.- Do. 13.00 bis 15.00 Uhr

Telefon: 0491 - 91 96 12 9

Fax: 0491 - 91 91 06 9

simone.schonvogel@ulf-thiele.de

Büro Landesgeschäftsstelle:

Ulf Thiele
Generalsekretär der
CDU in Niedersachsen
Hindenburgstr. 30
30175 Hannover

Telefon: 0511 - 27 99 120

Fax: 0511 - 27 99 156

thiele@cdu-niedersachsen.de